

## **Antrag auf Unterstützung des Landesverbandes Deutscher Sinti & Roma im Saarland**

### **Antrag:**

Die MV der LAGE möge beschließen:

Die Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland unterstützt den LV der Sinti und Roma im Saarland ideell bei seinen Bemühungen um einen Staatsvertrag mit dem Saarland, der das Verhältnis von Staat und der Minderheit der Sinti und Roma verbindlich regelt und das Bekenntnis, dass Sinti und Roma Teil der deutschen Gesellschaft sind und Antiziganismus als Hassverbrechen konsequent bekämpft wird, beinhaltet.

Die MV der LAGE unterstützt den Vorschlag des LV der Sinti und Roma, in der Verfassung des Saarlandes eine Anti- Antiziganismusklausel ähnlich der geplanten Anti-Antisemitismusklausel aufzunehmen.

### **Begründung:**

Sinti und Roma sehen sich seit geraumer Zeit verstärkten Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt. Fast täglich berichten die Medien über Grabschändungen, Diskriminierungen und Gewalttaten. Antiziganistische Vorfälle haben sich von 2022 bis 2023 verdoppelt. Als Landesverband kümmern wir uns ehrenamtlich um Aufklärung und Sensibilisierung. Wir leisten damit Unterstützung für eine diskriminierte Minderheit, aber auch einen allgemeinen Beitrag für ein friedliches Miteinander in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft.

Zudem nimmt die Erinnerungsarbeit für die Minderheit der Sinti und Roma einen zentralen Platz in der Arbeit des Landesverbandes ein. Das Gedenken an die Opfer der Verfolgung und Vernichtung spielt im Selbstverständnis eine große Rolle und versichert sie Teil der Gesellschaft zu sein. Entsprechend sieht der Landesverband die anstehende Errichtung einer zentralen Gedenkstätte im Echelmeyer-Park in Saarbrücken als wichtigen Schritt an. Der Landesverband hat durch die Rahmenvereinbarung mit der saarländischen Landesregierung große Fortschritte bei der Anerkennung der Verfolgungsgeschichte und der Professionalisierung der Verbandsarbeit erreicht. Gleichwohl bestehen nach wie vor enorme Hindernisse und Defizite. Der Landesverband fordert daher von der saarländischen Landesregierung einen Staatsvertrag, der das Verhältnis von Staat und der Minderheit der Sinti und Roma verbindlich regelt und das Bekenntnis, dass Sinti und Roma Teil der deutschen Gesellschaft sind und Antiziganismus als Hassverbrechen konsequent bekämpft wird, beinhaltet. Ferner soll eine angemessene Finanzierung die Grundlagen- und Projektarbeit ermöglichen, die in Aufklärungsarbeit, Beratungsleistungen sowie Forschung der Lebenswelten und Bedrohungslagen besteht.

Diana Bastian, Vorsitzende des Landesverbandes der Sinti und Roma im Saarland